

33
78

Union in Deutschland

Bonn, den 5. Oktober 1978

Kommunisten als Lehrer

Die CDU lehnt es mit Entschiedenheit ab, daß Mitglieder der DKP — also aktive Kommunisten — als Lehrer in den Staatsdienst übernommen werden, wie es der Hamburger Bürgermeister Klose angekündigt hat. Helmut Kohl charakterisierte diese Entscheidung der Hamburger SPD vor dem Bundesvorstand als Wahlbetrug, weil die Bekanntgabe dieser Absicht vor der Hamburger Wahl die SPD zweifellos eine große Zahl ihrer Stimmen gekostet hätte.

Die von Klose zugegebene Gewißheit, daß die SPD als Partei und die von ihr regierten Länder ebenfalls beabsichtigen, die Schranken für Verfassungsfeinde vor dem öffentlichen Dienst zu durchbrechen, zeigt, daß auch die hessischen Wähler offensichtlich erst nach der Wahl über die wahren Absichten der SPD aufgeklärt werden sollten. Die Union wird sich auf jeden Fall dort, wo sie Verantwortung trägt, weiterhin entschieden dafür einsetzen, daß aktive Kommunisten an unseren Schulen nicht unterrichten dürfen, genauso wie aktive Nationalsozialisten oder Rechtsradikale dort nichts zu suchen haben.

Die CDU warnt vor den sich häufenden Versuchen, die Belastbarkeit unserer Verfassung zu erproben. Weil der Respekt vor den Verfassungsorganen,

Weiter auf Seite 2

■ INFORMATION

Merkwürdiges Urteil im Bremer Mescalero-Prozeß

Seite 3

■ STEUERPAKET

Wir haben die bessere Alternative in der Steuerpolitik

Seite 5

■ DEUTSCHLAND

SPD-Dementis gehen an der Wahrheit vorbei

Seite 7

■ FALL LUTZE

Ermittlungsergebnisse wurden bewußt verschleppt und vertuscht

Seite 11

■ EKPV

In Mainz wurde die Europäische Kommunalpolitische Vereinigung gegründet

Seite 13

■ ZUR SACHE

Wir haben was für Kinder übrig

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die europäische Zusammenarbeit der CDU

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

ihren Aufgaben der Machtverteilung und Machtkontrolle, wesentliche Grundlage für die Stabilität unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung ist, weist die CDU den Versuch von Brandt und Schmidt zurück, die Bundespräsidentenwahl in den hessischen Wahlkampf hineinzuziehen.

Überheblichkeit und Respektlosigkeit vor den Verfassungsorganen kennzeichnen auch die jüngsten Angriffe von Schmidt gegen das Bundesverfassungsgericht. Es stehe dem Bundeskanzler nicht zu, diesem höchsten Gericht unseres Staates immer wieder Belehrungen zuteil werden zu lassen; es sei vielmehr seine Pflicht als Regierungschef, jeden Versuch zu vereiteln, der die Arbeit dieses Verfassungsorganes behindert. Wer wie Schmidt die Verfassungsmäßigkeit seines politischen Handelns so häufig vom Bundesverfassungsgericht überprüfen und sich dabei mehr als jeder Bundeskanzler vor ihm Verfassungswidrigkeit bescheinigen lassen muß, sollte vor allem deutlich machen, daß er sich selbst in Zukunft verfassungskonform verhalten wird.

Bundesparteitag und Europawahl

Generalsekretär Heiner Geißler berichtete vor dem Bundesvorstand über den Stand der Vorbereitung des Parteitages. Er teilte mit, daß die Untergliederungen der Partei 3 300 Änderungsanträge zum Entwurf des Grundsatzprogramms erarbeitet haben. Er hob hervor, die große Zahl der Änderungsanträge bewiese ebenso wie ihre Qualität, daß die CDU fähig sei, das Engagement und die Sachkenntnis ihrer 680 000 Mitglieder in die Erörterung der Grundlagen ihrer Politik einzubringen. Auch der Bundesparteitag in Ludwigshafen, der das Grundsatzprogramm berät und verabschiedet, werde deutlich machen, daß die programmatischen Grundlagen der CDU-Politik von allen Teilen unserer großen Volkspartei getragen werden.

Den Wahlkampf für das Europäische Parlament wird die CDU unter dem Motto „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“ führen. Mit unserer Politik für die Freiheit erhalten und schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß die Menschen ihr jeweiliges persönliches Glück suchen und finden können, erklärte Heiner Geißler hierzu. Politik kann menschliches Glück nicht herstellen. Aber sie kann Hindernisse abbauen, Chancen eröffnen, Freiheitsräume und Gestaltungsmöglichkeiten sichern und erweitern. Diesem Ziel: der Sicherung der Freiheit und damit dem Glück der Menschen dient unsere Politik — in Deutschland und für Europa.

Sozialismus führt zu einer offenen oder lautlosen Bürokratisierung und Verstaatlichung der Gesellschaft. Sozialistische Politik schnürt die Freiheit der Menschen durch Reglementierungen, durch überhöhte Steuern, Beiträge und Abgaben mehr und mehr ein. Damit beschneidet sie die Chancen für die Entfaltung und für das Glück der Menschen.

Die CDU wird im Europawahlkampf diese grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Sozialismus führen.

Politik für die Freiheit- Glück für die Menschen



■ INFORMATION

Stoltenberg wieder Spitzenkandidat

Mit 344 von 361 abgegebenen Stimmen ist der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und Landesvorsitzende der CDU, Gerhard Stoltenberg, auf dem Landesparteitag der schleswig-holsteinischen CDU in der Husumer Kongreßhalle erwartungsgemäß auf Platz eins der Landesliste für die Landtagswahl am 29. April nächsten Jahres gewählt worden. Auf den beiden nächsten Plätzen folgen, wie schon vor vier Jahren und ebenfalls mit großer Mehrheit von den Delegierten gewählt, Landtagspräsident Helmut Lemke und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Uwe Barschel. Weit nach vorn gerückt, auf

Platz fünf der Landesliste, ist der Landesvorsitzende der Jungen Union, Werner Kalinka.

Und das bei Professoren?

Mit einer erstaunlichen Begründung hat es die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Bremen abgelehnt, das Hauptverfahren gegen 16 Bremer Hochschullehrer zu eröffnen, die im vergangenen Jahr in einer Dokumentation u. a. den berüchtigten „Mescalero“-Artikel zum Buback-Mord veröffentlicht und ein eigenes Vorwort hinzugefügt hatten. Die Richter konnten kein vorsätzliches Handeln feststellen, obwohl auch nach ihrer Meinung der objektive Tatbestand einer böswilligen Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder erfüllt sei. In der Begründung des Ablehnungsbeschlusses heißt es u. a., die Kammer sehe einen „erhebli-

chen Verdacht, daß den Angeklagten die Einsicht in die staatliche Realität der Bundesrepublik in ihrer konkreten Gestalt als freiheitliche repräsentative Demokratie fehlt“. Es seien „deutliche Anhaltspunkte“ dafür zu finden, daß die Hochschullehrer die Fähigkeit vermissen ließen, Realitäten wahrzunehmen. „Wer bereits bei der Auslegung des Inhalts dieses (Mescalero-)Artikels versagt, setzt sich dem Verdacht aus, unfähig zu sein, die ungleich komplizierten gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zutreffend erfassen und analysieren zu können.“ Und weiter: „Ausbildung und Intellekt allein bieten, wie andere Beispiele von Realitätsblindheit aus der jüngsten deutschen Zeitgeschichte deutlich gezeigt haben, keine Gewähr für die Fähigkeit zu objektiver Beurteilung des Sachverhalts.“

In einem Kommentar der „Welt“ zu dem gerichtlichen Hinweis, die Professoren seien unfähig, die gesellschaftliche Lage zu erfassen und zu analysieren, so daß auch kein vorsätzliches Handeln möglich sei, heißt es: „Ist das nicht der Vorsatzausschluß, der gemeinhin als Geisteskrankheit bezeichnet wird? Und das bei Professoren?“

Zum Tode des Papstes

In einem Telegramm an den Kardinalstaatssekretär Jean Villot schreibt Helmut Kohl zum Tode von Papst Johannes Paul I.: „Die Nachricht vom Tode Papst Johannes Paul I. hat mich tief getroffen. Ich übermittle Ihnen das tiefempfundene Beileid der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu diesem schweren Verlust für die katholische Kirche. Wir trauern um einen Papst, dem es in der kurzen Zeit seines Pontifikats gelungen ist, sich die Herzen der Menschen in aller Welt mit seiner Güte, seiner ursprünglichen

Frömmigkeit und seiner menschlichen Wärme zu erobern. Die ganze Christenheit hat an das Wirken von Johannes Paul I. für Frieden und geistige Erneuerung große Hoffnungen geknüpft.“

Der Kardinal hat ein Zeichen gesetzt

Zu dem kürzlich stattgefundenen Besuch des polnischen Primas Kardinal Wyszczynski in der Bundesrepublik erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, dies sei ein Ereignis von historischer Bedeutung für das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen, vielleicht das wichtigste seit über 100 Jahren gewesen. „Wir tun als Deutsche gut daran, den Primas von keiner Seite politisch in Anspruch zu nehmen, obwohl er manches gesagt, getan oder angedeutet hat, was dazu verleiten könnte. Kardinal Wyszczynski hat das bewegende Wort der polnischen Bischofsbotschaft von 1965, das Vergeben gewährt und um Vergebung bittet, aus guten Gründen nicht wiederholt; er hat es in den Augen des polnischen Volkes durch seinen Besuch erfüllt, und das wiegt schwer. Der polnische Primas hat mit großer Selbstverständlichkeit für die in Deutschland lebenden Bürger polnischer Nationalität Gottesdienst in ihrer Muttersprache gehalten. An die Adresse der Regierung in Warschau richten wir die Bitte, dies den in seinem Machtbereich lebenden Deutschen beim Besuch eines deutschen Bischofs ebenfalls zu gestatten.“

Gesunde Skepsis

„Genossen, genießt die Uni, das Leben wird hart! Genossen, genießt den Kapitalismus, der Sozialismus wird hart!“ (Wandspruch in der Frankfurter Universität)

■ STEUERPAKET

Wir haben die bessere Alternative in der Steuerpolitik

Nahezu 20mal hat die SPD/FDP-Bundesregierung seit 1970 die Steuern erhöht. Hinzu kommen die ständigen heimlichen Steuererhöhungen durch Inflation und Progression. Das Ergebnis ist niederschmetternd. Nachfolgend faßt Hansjörg Häfele, Vorsitzender des finanzpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, die Argumente der Union zur Steuerpolitik zusammen (vergl. auch UfD 32/78).

Wir haben heute die höchste Abgabenbelastung, die höchsten Ausgaben und die höchsten Schulden des Staates. Kein Wunder, daß Steuerzahler und Wirtschaft überbelastet sind. Zusätzlich werden sie laufend von einer Flut von bürokratischen Vorschriften und Formularen erstickt. Dagegen kämpft die Union seit Jahren. Die unaufhörliche Steuererhöhungspolitik von SPD und FDP konnte erstmals 1975 mit der Steuerreform unterbrochen werden, bei der die CDU/CSU einen Abbau von heimlichen Steuererhöhungen durchsetzte. 1977 gelang dies der Union zum zweiten Mal.

Auch in diesem Jahr hat sich die Bundesregierung unter dem Druck der Union widerwillig zu Steuerkorrekturen durchringen müssen. Dabei hat sie mehrere langjährige Forderungen der Union übernehmen müssen. So erfreulich diese Teilerfolge sind und

so sehr der Steuerzahler vor noch schlimmeren Belastungen bewahrt werden konnte, eine grundsätzliche Wende ist dies nicht. Diese Regierung will nicht mehr Leistung und Privatinitiative. Eine grundlegende Wende der Finanzpolitik kann nur eine andere Regierung herbeiführen.

Der Steuerzahler erhält wenig

Das jetzt von der Bundesregierung vorgelegte steuer- und familienpolitische Paket kann nur ein erster Schritt sein. Zu viele Probleme bleiben ungelöst, die Übersteuerung wird nicht dauerhaft beseitigt, die heimlichen Steuererhöhungen werden nur verlangsamt. Der Steuerdschungel wird nicht gelichtet. Die Familie erhält keinen Vorrang vor steuerlicher Gleichmacherei. Einige Zahlen zeigen dies:

Von den Steuersenkungen wird 1979 nach Abzug der Mehrwertsteuererhöhung ein Unverheirateter mit einem Monatseinkommen von 2 000 DM monatlich 16,75 DM übrigbehalten. Ein Verheirateter mit zwei Kindern dagegen nur 5,50 DM. Ein Unverheirateter mit 4 000 DM im Monat wird 17,91 DM Steuern sparen. Ein Verheirateter mit zwei Kindern wird dagegen 7,50 DM weniger Einkommen haben. Bei beiden mindert nämlich die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung ab 1. Januar 1979 das verfügbare Einkommen. Gerade für Familien mit Kindern werden Mehrwertsteuerer-

höhung und höhere Sozialversicherung besonders spürbar. Erst 1980 erfolgt durch die Anhebung des Kindergeldes ein Teilausgleich.

Die Alternative der Union

Die Beseitigung des Tarifsprungs — eine der schlimmsten Hinterlassenschaften der Steuerreform von 1975 — ist eine alte Unionsforderung. Ihre Verwirklichung kann aber nur ein erster Schritt sein. Eine dauerhafte Reform des leistungsfeindlichen Einkommensteuertarifs bleibt auf der Tagesordnung.

Auch die Beseitigung der Lohnsummensteuer ist eine alte Unionsforderung. Als Bestandteil der Gewerbesteuer ist sie eine Anti-Arbeitsplatzsteuer. Die Gewerbekapitalsteuer, deren Beseitigung von SPD und FDP abgelehnt werden, wirkt als Anti-Investitionssteuer.

Beiden Steuern ist gemeinsam, daß sie ertragsunabhängig sind, also ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens erhoben werden. Beide müssen verschwinden.

Die Abschaffung der Kinderfreibeträge durch die Steuerreform im Jahre 1975 war ein schwerer Fehler. Familien mit Kindern werden praktisch ebenso hoch besteuert wie Verheiratete ohne Kinder. Deswegen setzt sich die Union für die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen ein. Mit Rücksicht auf die trostlose Haushaltslage sind zunächst als Einstieg 600 DM je Kind und Jahr vertretbar.

Mit diesen Maßnahmen schlägt die Union gleichzeitig eine Verbesserung der Steuerstruktur vor. Ein unsoziales Ergebnis der SPD/FDP-Steuerpolitik ist die kräftige Zunahme der direkten Steuern von 50 % auf über 60 % des gesam-

ten Steueraufkommens. Die Union wendet sich gegen die stillschweigende An eignung von Einkommen durch den Staat mit Hilfe heimlicher Steuererhöhungen. Deswegen sagen wir aber auch nein zur Mehrwertsteuererhöhung zum Ausgleich für Steuerausfälle als Folge der vorgesehenen Reparaturen bei der Einkommensteuer. Eine Mehrwertsteuererhöhung kann nur in Frage kommen für dauerhafte Strukturreformen, d. h. für den Abbau der ertragsunabhängigen Besteuerung und die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen.

Der von der Bundesregierung vorgeschlagene um vier Monate verlängerte bezahlte Mutterschaftsurlaub stößt auf schwere Bedenken. Aus grundsätzlichen familienpolitischen Gründen ist eine Gleichbehandlung berufstätiger und nichtberufstätiger Elternteile unverzichtbar. Deswegen schlägt die Union ein Familiengeld von 3 000 DM anlässlich der Geburt eines Kindes für alle Frauen vor. Die Kindergelderhöhungen sind überfällig, da das Kindergeld nicht dynamisiert ist.

Als ergänzende familienpolitische Förderungsmaßnahmen für die Mehrkinderfamilie schlägt die Union eine Verdoppelung der § 7b EStG-Abschreibung für Haus- und Wohnungseigentum für Familien ab drei Kindern vor. In der Bausparförderung soll die Zusatzprämie ab drei Kindern von 2 % auf 4 % erhöht werden. Beim Wohngeld schlägt die Union einen zusätzlichen Einkommensfreibetrag von 600 DM ab 3. Kind vor. Durch Bürgschaften für Wohnungsbaudarlehen von je 20 000 DM ab 3. Kind sollen kinderreiche Familien bessere Zinskonditionen für Hypotheken erhalten. In Bundesländern, in denen Familien- und Familiengründungsdarlehen noch nicht bestehen, sollen sie eingeführt werden.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

SPD-Dementis gehen an der Wahrheit vorbei

Die SPD will eine Art Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland, die US-Präsident Carters Sicherheitsberater Brzezinski „Selbst-Finlandisierung“ nannte. Alle Dementis der SPD gehen an der Wahrheit vorbei, erklärte in Bonn der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen.

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf von 1952 enthielt für Deutschland die Verpflichtung, „keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen“, die sich gegen einen der Siegerstaaten richteten. Wenige Monate später findet sich erstmals in einem für den SPD-Parteivorstand gefertigten Entwurf Erlers der bis dahin verpönte Begriff „Neutralisierung“. 1954 forderte der SPD-Parteitag ein „System kollektiver Sicherheit“.

Nachdem Ulbricht mehrmals 1956 und 1957 eine Konföderation vorgeschlagen hatte, wollte Herbert Wehner 1958 „die Neutralität nicht ausschalten aus den Möglichkeiten, die im Zuge der Bemühungen um die Wiedervereinigung geboten werden könnten“. Der Deutschlandplan der SPD sah dann 1959 die von Ulbricht geforderte Konföderation mit der DDR und das Ausscheiden der „in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem

Warschauer Pakt“ zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems vor.

Auf dem SPD-Parteitag 1966 führte Helmut Schmidt aus, die Wiedervereinigung werde auch Opfer fordern, die sich auf den militärischen Status des wiedervereinigten Landes „im Verhältnis zu seinen Nachbarn und innerhalb des Sicherheitssystems beziehen“. Kurz darauf verdeutlichte Wehner im „Vorwärts“, die Wiedervereinigung setze ein „europäisches Verbundsystem“ und die Auflösung der jetzigen Paktsysteme voraus.

Auf der gleichen Linie blieb Brandt auch als Außenminister, als er 1968 und 1969 den Abbau der „einander gegenüberstehenden Machtblöcke“ forderte. Um die gleiche Zeit meldete der BND, die SPD habe in Geheimgesprächen mit der italienischen KP ihre Beteiligung bei der Überwindung der Blöcke und einem kollektiven europäischen Sicherheitskontrakt zugesichert. Ebenfalls 1968 legte der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Egon Bahr, eine Studie vor, in der er mit Nachdruck befürwortete: „NATO und Warschauer Pakt werden aufgelöst. An ihre Stelle tritt ein europäisches Sicherheitssystem, das von den USA und der Sowjetunion garantiert wird ...

Die Garantiemächte dürfen weder Truppen noch Waffen auf dem Vertragsgebiet stationieren ... Das Territorium der Mitgliedstaaten ist eine atomwaffenfreie Zone.“

1969 entwickelte Bahr dann dem amerikanischen Professor Hahn seinen Vierstufenplan: Der erste Schritt sollte die staatliche Anerkennung der DDR sein; der zweite Gewaltverzichtsabkommen im Sinne einer Grenzanerkennung mit osteuropäischen Staaten; dem folgte dann als dritte Stufe der Abbau ausländischer Truppen in Deutschland und viertens die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Mitteleuropa unter Ausschluß Frankreichs wie Großbritannien bei Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes.

1971 erklärte der SPD-Verteidigungsexperte Wienand, man müsse „nach zusätzlichen Sicherungen Ausschau halten, die das bestehende System der Kriegsverhütung zunächst ergänzen und später ... ersetzen können“.

Ein Jahr später berichtete die FAZ über ein Journalistengespräch: Der europäischen Entspannung stünden — so Bahr — u. a. die Militärbündnisse im Wege, über die man vielleicht in ein paar Jahren verhandeln könne. Über ein anderes Gespräch teilt der Journalist Lothar Ruehl mit:

„Bahr war damals der Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland und die DDR binnen fünf Jahren aus ihren beiderseitigen Bündnissen ausscheiden würden und daß Deutschland ... eine Zone international garantierter Neutralität bilden könnte ... Bahr suchte die deutsche Politik auf die Veränderung vorzubereiten, auch schien er nicht nur von der Unausweichlichkeit dieser Entwicklung, sondern von ihrem Vorteil ... überzeugt ...“

Befragt, wie sich Bahrs Konzept einer Auflösung der Blöcke mit Kissingers Gedanken vertrage, erklärte Bundeskanzler Brandt 1973 immerhin: „Was Bahr gemeint haben mag, könnte allenfalls für eine ferne Zukunft gedacht ge-

wesen sein ...“ Deutlicher äußerte er sich im jugoslawischen Fernsehen, das ihn um seine Ansicht bat, wie es in Zukunft mit den Blocks und blockfreien Ländern aussehen werde: Er würde sich wundern, wenn alles so bliebe wie es nun ist. Etwas Vernünftiges könne er nur erreichen, „wenn wir ... später ein Entwicklungsmuster ... fördern, das — wie ich hoffe — in dem Zug der Entwicklung, die teilweise vom Warschauer Pakt und teilweise vom Kreis blockfreier Länder ausgeht, hineinpaßt. Man kann ein Bündnis nicht verlassen, wie man einen Fußballklub verläßt“. Der Ostblock und einige blockfreie Länder treten bekanntlich für einen Abbau der beiden großen Verteidigungsbündnisse zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems ein.

Aus Warschau berichtet 1976 dpa, Wehner habe vor der Presse mehrmals erwähnt „die alten polnischen Vorschläge zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ... Dieses Thema einer Entspannungszone in Europa sei weiter aktuell“. Die polnische Presse bestätigte, die Gespräche Wehners mit der polnischen Parteiführung „gehen weit über den Bereich der bilateralen Beziehungen hinaus“. Hinterher erklärte er, er habe derartige Gedanken nicht „für aktuell gehalten oder propagiert“.

Bedarf es noch der unbestätigten Meldungen aus „gut unterrichteter Quelle“, worüber Brandt mit Breschnew auf der Krim, Wehner in Warschau und Prag und Bahr jüngst mehrfach in Moskau verhandelt haben? Verdacht erregt ja nicht nur die Geheimniskrämerei um diese Gespräche, vor allem ist es die Kaltschnäuzigkeit, mit der Bahr verleugnet, was er selbst gesagt und zu Papier gebracht hat. Deshalb wird die Politik der SPD zunehmend als Sicherheitsrisiko empfunden.

■ KOALITION

Koschnick stellt sich auf die Seite Kloses

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans Koschnick unterstützt die Absicht des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose, künftig auf eine generelle Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst zu verzichten. Im Deutschlandfunk wies Koschnick darauf hin, daß die von ihm geführte Regierung des Stadtstaates Bremen „schon seit Jahren“ in dieser Frage eine andere Haltung einnehme als der größte Teil der übrigen Bundesländer und der Bund selber.

Ohne Augenmaß

In einem offenen Brief an den Bundeskanzler baten fünf Eltern, die als Widerstandskämpfer und Kommunisten gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten und teilweise in Konzentrationslager verschleppt worden waren, etwas für ihre Kinder zu unternehmen, die als Radikale keine Anstellung im öffentlichen Dienst finden können. Darunter ist auch der Vater der Lehrerin Silvia Gingold, der wie seine Tochter in der DKP aktiv ist. Die Eltern verwiesen auf die „antifaschistische Tradition“, in der sie ihre Kinder erzogen hätten. So sei deren politisches Engagement von den Idealen des Widerstandes geprägt worden. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt dazu am 20. Oktober 1978: Den Eltern fehlt ersichtlich jedes Unterscheidungsvermögen. Sie setzen ihren Widerstand gegen Hitler mit dem politischen Treiben ihrer Kinder heute gleich; sie stellen ihre Kinder wegen der „antifaschistischen“ Erziehung als

besonders geeignete Sachwalter eines freiheitlichen Rechtsstaates hin. Dies freilich sind Kommunisten noch nie gewesen, wie Geschichte und Gegenwart zeigen. Die Eltern erweisen ihren Kindern mit diesem Vorbringen keinen Dienst; bewiesen wird nur das Unverständnis für die streitbare Demokratie des Grundgesetzes. Wenn die Kinder dieses Unverständnis teilen, so kann der Radikalenbeschluß ganz so unsinnig nicht sein.

FDP verniedlicht DDR-Militarismus

Die CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, „nunmehr unverzüglich darauf zu dringen“, daß auch die DDR-Kampfftruppen in die Wiener Verhandlungen über einen gleichgewichtigen Truppenabbau in Europa (MBFR) einbezogen werden. Die Tatsache, daß in der DDR rund 500 000 Mann vollmilitärisch ausgebildet in den Kampfgruppen konzentriert seien, führe zu „einer weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses im konventionellen Bereich“. Als unseriöses Störmanöver wies der „sicherheitspolitische Experte“ der FDP-Bundestagsfraktion, Möllemann, diese Forderung zurück. Alle NATO-Mitgliedsstaaten seien einhellig der Meinung, in Wien müsse über die Reduzierung der regulären Truppen in Ost und West, nicht aber über paramilitärische Verbände verhandelt werden. Er unterstrich den Tatbestand der vollmilitärischen Ausbildung der DDR-Kampftruppen.

SPD weicht vor Extremisten zurück

Am Frankfurter Abendgymnasium wollen, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung meldet, die Unruhen nicht enden.

Eine kleine Gruppe von KBW-Lehrern und -Schülern benutzt, unterstützt von Apo-Veteranen und sogenannten Stadtindianern, die Notegebung als Mittel des politischen Kampfes. Resultat: Es werden nur Bestnoten verteilt. Wer im Lehrerkollegium nicht mitzieht, wird drangsaliert. Das Regierungspräsidium hat zwar die Vorwürfe bestätigt, zeigt sich jedoch hilflos. Der linke Kultusminister spielt auf Zeit; schließlich sind am 8. Oktober Wahlen. Zwei Lehrern, die die Schule nicht zu einer linken Polit-Schmiede verkommen lassen wollen, hat der Minister jetzt geraten, sich aus dem Unterrichtsgebäude zurückzuziehen, wenn ihnen „erkennbarer Widerstand“ entgegengesetzt werde. Anstatt endlich zu handeln und die Schule vorübergehend zu schließen, überläßt Minister Krollmann die Schule sich selbst — aus wahltaktischen Erwägungen.

Schulsenator mißbraucht Gelder

Auf massive Kritik bei der oppositionellen CDU und einem Teil seiner eigenen Beamten ist Hamburgs Schulsenator Professor Joist Grolle mit einer Entscheidung zugunsten der Hamburger Schülerkammer gestoßen. Grolle hatte der Schülerkammer die Mittel für 25 000 Flugblätter bewilligt, in denen er und seine Behörde aufgefordert werden, „der Praxis von Tausenden Überprüfungen, Anhörungen und Berufsverböten endlich ein Ende zu setzen“ und den Widerstand gegen die Verbeamtung einer der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) angehörenden Lehrerin aufzugeben. Außerdem liegt dem Flugblatt eine Aufforderung bei, zugunsten der Lehrerin Unterschriften zu sammeln. Zuständige Beamte hatten Grolle von seiner Entscheidung abgeraten. Die

CDU spricht in einer ersten Stellungnahme von einem Skandal. Die Entscheidung sei „mit den Pflichten eines Hamburger Senators nicht vereinbar“.

Neue Linkspartei?

„Wir hatten in den vergangenen Jahren viele formlose Kontakte untereinander zu der Problematik und den notwendigen Voraussetzungen für die Gründung einer neuen Partei in der Bundesrepublik, die dem Anspruch einer sozialistischen Perspektive gerechter wird als die SPD“, schrieb Martin Wentz, Vorsitzender der hessischen Jungsozialisten in der SPD, kürzlich in einem Brief an „die Genossinnen und Genossen“, die im „Sozialistischen Büro“, Offenbach, organisiert sind.

Bei den Jusos neue „Trotzkisten“-Fraktion

In der SPD-Nachwuchsorganisation der Jungsozialisten hat sich nach der sogenannten „Stamokap-Fraktion“ eine Gruppe der „Trotzkisten“ formiert. Die SPD befürchtet, daß diese Gruppe, deren langfristiges Ziel eine Spaltung der Sozialdemokratie ist, ihren Einfluß weiter ausbauen kann. Aus einer Dokumentation, die von dem ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jusos in Nordrhein-Westfalen, Thomas Eschbach, zusammengestellt wurde, geht hervor, daß sich die Zentrale der Trotzkisten in Bochum befindet. Von hier aus werden konspirative Kader über die gesamte Bundesrepublik verteilt und ferngesteuert. Schwerpunkte der Trotzkistenkader will Eschbach in Baden-Württemberg, in Remscheid, im Raum Oberhausen und im Großraum Frankfurt ausgemacht haben.

■ SPIONAGEAFFÄRE LUTZE

Ermittlungsergebnisse wurden bewußt verschleppt und vertuscht

SPD und FDP haben aus wahl-taktischen Gründen die Veröffentlichung der Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Spionageaffäre Lutze/Wiegel verschleppt, erklärte in Bonn der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung Willi Weiskirch. Die CDU/CSU kommt um die bedauerliche Feststellung nicht herum, daß — und da schließt sich der Kreis vom Vorfeld der Bundestagswahl 1976 zu den Landtagswahlen von 1978 — die verantwortlichen Stellen vor der Bundestagswahl 1976 wie heute alles getan haben, um diesen Spionagefall klein zu halten, einzunebeln und zu vertuschen. Wahlergebnisse waren für sie wichtiger und dadurch ist größter Schaden entstanden. Aus diesem Grunde hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine eigene „erste Bewertung“ vorgelegt.

Die Untersuchungen des Ausschusses haben nach Meinung der Opposition folgendes ergeben:

Weder der Militärische Abschirmdienst (MAD) noch Stellen des Bundesverteidigungsministeriums haben die Ermittlungen des Bundeskriminalamts (BKA) im Spionagefall behindert.

Ministerialrat Schäffler hat die von dem früheren Verteidigungsminister Leber gegen Ministerialdirektor Laabs ange-

ordneten Ermittlungen dadurch behindert, daß er dem MAD die Einsicht in die Personalakte Laabs verweigert. Für dieses Verhalten ist er jedoch wegen einer von dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium Fingerhut insoweit erteilten Weisung nicht verantwortlich.

MAD-Chef Scherer hat durch seine Weisung vom 16. Juli 1976 die Ermittlungen des MAD gegen Ministerialdirektor Laabs behindert und schließlich vorzeitig abgebrochen.

Staatssekretär Fingerhut unterband diese Feststellungen schließlich durch Erlass vom 16. Juni 1976 mit der Folge, daß die militärische Schadensbewertung, die spätestens im Frühjahr 1977 hätte erstellt werden können, um viele Monate verzögert wurde.

Bundesminister Leber ist für diese Verzögerung mitverantwortlich, weil er den Erlass vom 16. Juni 1976 billigte.

Staatssekretär Fingerhut, Bundesminister Leber, Staatssekretär (im Bundeskanzleramt) Schüler und Bundeskanzler Schmidt waren von Anfang an über die besondere Schwere des Verratsfalles unterrichtet. Entgegenstehende Äußerungen von Staatssekretär Fingerhut im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages am 9. Juni 1976, von Bundesminister Leber vor der Bundespressekonferenz am 13. Dezember 1977 und von Regierungssprecher Bölling am 14. Dezember 1977 entsprechen nicht der Wahrheit.

Der Generalbundesanwalt hat den MAD durch das Bundeskriminalamt (BKA) von Anfang an über den Fortgang der strafrechtlichen Ermittlungen unterrichten lassen.

MAD-Chef Scherer hat hierüber nur Staatssekretär Fingerhut unterrichtet. Die Unterrichtung der militärischen Spitze der Bundeswehr dagegen hat er pflichtwidrig unterlassen. Auch Staatssekretär Fingerhut unterließ es, die militärische Spitze der Bundeswehr über den Fortgang der Ermittlungen zu unterrichten. General Scherer und Staatssekretär Fingerhut waren bestrebt, auf diese Weise den Mitwisserkreis so lange und soweit wie möglich auf Personen zu beschränken, die aus ihrer Sicht politisch zuverlässig waren.

Staatssekretär Fingerhut hat eine erste Schadensbewertung des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr vom 6. Oktober 1976, die die besondere Schwere des Verratsfalls verdeutlichte, nicht zum Anlaß genommen, dafür zu sorgen, daß die im Bundesverteidigungsministerium notwendigen Maßnahmen zur Bewertung und Minderung des mutmaßlichen Schadens mit Vorrang durchgeführt wurden.

Staatssekretär Fingerhut hat auch das „Esters-Gutachten“ vom 25. Juni 1977, das die besondere Schwere des Schadens im einzelnen darstellte, weder zum Anlaß genommen, seinem Minister die dringend gebotene Unterrichtung zu geben, noch für die Durchführung der Bewertung und Minderung des Schadens zu sorgen.

Verteidigungsminister Leber hat erst unter dem Druck der Öffentlichkeit und im Zusammenhang mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses am 20. Dezember 1977 die zuständigen Stellen im Bundesverteidigungsministerium

anweisen lassen, den Schaden umfassend zu bewerten, obwohl er auch ohne Kenntnis des „Esters-Gutachtens“ genügend Hinweise auf die besondere Schwere des Verratsfalls erhalten hatte.

Die NATO wurde hinsichtlich eines Großteils der preisgegebenen NATO-Dokumente nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 90 Tagen, sondern erst im Laufe des Jahres 1977 unterrichtet. Die preisgegebenen nationalen Dokumente, die auf NATO-Dokumenten beruhen, waren auch bei Abschluß der Beweisaufnahme der NATO noch nicht mitgeteilt.

Bundeskanzler Schmidt hat trotz seiner Kenntnis der Schwere des Verratsfalls nichts unternommen, um die zuständigen Stellen zu den erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen.

Ministerialdirektor Laabs hatte als Leiter der Sozialabteilung im Bundesverteidigungsministerium Zugang zu Geheimakten, die er nach der Aufgabenteilung dieser Abteilung für die Erfüllung seiner Dienstpflichten nicht hätte zu kennen brauchen. Er hat die Vorschriften über den Umgang mit Geheimakten über Jahre hinweg grob mißachtet. Auch hat er es pflichtwidrig unterlassen, den Umgang seiner Mitarbeiter mit Geheimakten dienstaufsichtlich zu überwachen.

Die Einstellung des Herrn Laabs in das Bundesverteidigungsministerium, seine Verwendung als Leiter des neugegründeten Leitungsstabes, seine Ernennung zum Leiter der neugegründeten Sozialabteilung sowie seine Ernennung zum Ministerialdirektor wurden vom damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt betrieben. Herr Laabs verdankt seine ungewöhnliche Laufbahn im öffentlichen Dienst seiner Mitgliedschaft in der SPD.

■ EUROPÄISCHE KOMMUNALPOLITIK

Gründungsakt von Mainz, weiterer Schritt auf dem Weg nach Europa

Kommunalpolitiker von sieben christlich-demokratischen Parteien Europas haben am Mittwoch, 27. September 1978, in Mainz eine Europäische Kommunal-Politische Vereinigung (EKPV) gegründet. Zu ihrem Präsidenten wurde der kommunalpolitische Sprecher der Democrazia Cristiana, der italienische Senator Nicolas Signorello, bestellt. Generalsekretär wurde der Hauptgeschäftsführer der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Adolf Herkenrath.

Nach der von der Gründungsver-sammlung angenommenen Satzung ist es Ziel der EKPV, die territoriale Selbstverwaltung auf allen Gebieten „als Bedingung einer auf Freiheit gegründeten Gemeinschaft“ in Europa zu verteidigen und zu stärken.

In der EKPV sind bisher die Kommunalpolitiker der christlich-demokratischen Parteien von Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Österreichischen Volkspartei zusammengeschlossen. Außerdem liegen schriftliche Erklärungen der Christdemokraten Portugals und Spaniens vor, die an einem Beitritt interessiert sind. In Mainz erklärte auch ein Vertreter Griechenlands seine Bereitschaft zur Mitarbeit. Vorgesehen ist auch, daß die britischen Konservativen in der EKPV mitar-

beiten. Ein Beitritt konnte noch nicht erfolgen, da die Vertreter der christlich-demokratischen Parteien Hollands, Belgiens und auch Italiens Bedenken äußerten. Zunächst ist an einen Beobachterstatus für die konservativen Kommunalpolitiker gedacht.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wies vor dem internationalen Auditorium von Bürgermeistern, Landräten und Gemeindevertretern darauf hin, daß in der Bundesrepublik Deutschland in den Rathäusern und Landratsämtern 60 000 kommunale Parlamentarier aus der CDU und der CSU am Werk seien gegenüber nur 35 000 von der SPD. In zwei Dritteln der kommunalen Parlamente der Bundesrepublik verfügen die christlichen Unionspolitiker über die Mehrheit.

Die KPV der CDU und CSU will kein zentralistisches Europa. Ausgehend von föderalen Grundsätzen setzt sich die KPV zur Verwirklichung einer europäischen Kommunalpolitik folgende Ziele:

- Schaffung, Erhaltung und Ausweitung umfassender Entscheidungsbefugnisse bei der autonomen freiheitlichen Gestaltung der örtlichen Lebensverhältnisse,
- Stärkung abgestufter kommunaler Gliederungen in allen Ländern Europas auch zur Beseitigung der regionalen und strukturellen Unterschiede,
- Gleichwertige angemessene Finanzausstattung und Aufgabenzuständigkeit, ohne die eine ortsnahe kommunale Selbstverwaltung nicht möglich ist,
- Umsetzung der durch Regionalisierung erreichten Vorteile beim Abbau

einheitsstaatlicher Entscheidungs- und Vollzugsbefugnis in kommunaler Selbstverwaltung,

— Schaffung eines europäischen kommunalen Spitzenverbandes, durch den die Interessen der Gebietskörperschaften gegenüber europäischen Organen vertreten werden,

— Stärkung des Rates der Gemeinden Europas durch Beitritt aller Städte, Gemeinden, Landkreise und Kommunalverbände,

— Ausbau und Pflege von Partnerschaften zwischen den Gemeinden des freien Europas als Grundstein für das europäische Bewußtsein.

Die Motivation europäisch zu denken, zu fühlen und zu handeln wird durch Begegnungen im Rahmen von Partnerschaften gefördert.

Die Organe der Vereinigung sind:

- a) der Europäische Kongreß
- b) das Exekutivkomitee
- c) das Präsidium
- d) das Generalsekretariat.

Der Europäische Kongreß, der mindestens alle drei Jahre zusammentritt, wird auf Beschluß des Exekutivkomitees einberufen, das Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung festlegt. Für die Durchführung des Kongresses gilt die vom Generalsekretär vorgeschlagene und vom Exekutivkomitee beschlossene Geschäftsordnung. Der Kongreß entscheidet über die Grundlinien und das politische Programm der Vereinigung.

Dem Kongreß gehören an:

- die Mitglieder des Exekutivkomitees,
- die Mitglieder des Präsidiums,
- die Mitglieder des Generalsekretariats,
- Delegierte der Parteien und Organisationen, die der Vereinigung angehören.

Die Zahl der Teilnehmer am Europäischen Kongreß und die Aufteilung der Teilnehmerzahl auf die Delegationen aus den einzelnen Parteien und Organisationen wird vom Exekutivkomitee vereinbart.

Das Exekutivkomitee setzt sich zusammen aus dem Präsidenten, einem oder mehreren Vizepräsidenten, dem Generalsekretär, den stellvertretenden Generalsekretären, den Gruppensprechern der christlich-sozialen Parteien in den nationalen Sektionen des Rates der Gemeinden Europas, den für Kommunalpolitik zuständigen Vertretern der Mitgliedsparteien.

Das Exekutivkomitee wählt den Präsidenten, die Vizepräsidenten, den Generalsekretär und die stellvertretenden Generalsekretäre für zwei Jahre.

Das Exekutivkomitee kann Vertreter europäischer Organe kooptieren. Das Komitee tritt mindestens einmal im Jahr zusammen.

Der Präsident, die Vizepräsidenten, der Generalsekretär und die stellvertretenden Generalsekretäre bilden das Präsidium.

Der Präsident vertritt die Vereinigung nach außen und führt den Vorsitz des Kongresses und des Exekutivkomitees. Die Verteilung der Aufgaben unter den Vizepräsidenten und gegebenenfalls die Vertretung des Präsidenten werden im Präsidium geregelt. Der Sitz des Generalsekretariats wird vom Präsidium einvernehmlich festgelegt.

Die Mitglieder der Vereinigung tragen zur Finanzierung nach einem Schlüssel bei, der alle zwei Jahre vom Generalsekretär vorgeschlagen und vom Exekutivkomitee festgesetzt wird. Satzungsänderungen werden mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder vom Kongreß auf Vorschlag des Exekutivkomitees beschlossen.

Zur Sache:

Wir haben was für Kinder übrig

Deshalb fördern wir die Familien

Familien mit Kindern sind der wichtigste Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie sind wichtig für die Zukunft unseres Landes.

Die CDU/CSU redet nicht nur darüber. Sie tut auch was für die Familien. Jetzt hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die familienpolitische Alternative beschlossen. Hier sind die fünf Vorschläge für Väter, Mütter und Kinder:

1. Familiengeld 3000 Mark nach der Geburt

Nach der Geburt eines Kindes bekommt die Mutter ein „Familiengeld“ in Höhe von insgesamt 3000 Mark. Das gilt für Hausfrauen und erwerbstätige Frauen.

Bei der SPD sollen die Hausfrauen leer ausgehen. Das ist ungerecht, und das macht die CDU nicht mit.

2. Endlich mehr Kindergeld

Es wird Zeit, daß das Kindergeld erhöht wird.

Unser Vorschlag:

Von 1979 an Erhöhung des Drittkindergeldes um 45 DM auf 195 DM.

Von 1980 an Erhöhung des Zweitkindergeldes um 20 DM auf 100 DM.

Wir sagen: Wer Kinder hat, soll dadurch nicht ärmer werden.

3. Kinder sind einen Freibetrag wert

Unser Vorschlag lautet: 600 DM pro Kind und Jahr sind steuerfrei.

Die SPD wehrt ab. Sie will nur Steuerfreiheit für Kinder von Geschiedenen. Wieder so eine Ungerechtigkeit.

Wir sind der Meinung, daß Kinder in intakten Ehen nicht schlechter behandelt werden dürfen.

4. Damit das Wohnen mehr Freude macht

Für kinderreiche Familien ist das Wohnen oft ein großes Problem. Wir wollen Finanzierung und Eigentumsförderung verbessern.

Und zwar so:

- 7b-Abschreibung: Günstigere Bedingungen
- Bausparen: Doppelte Zusatzprämie von zwei auf vier Prozent vom dritten Kind an
- Wohngeld: Mehr für Kinderreiche
- Darlehen: Öffentliche Bürgschaften bei Wohnungsbaukrediten in Höhe von 20.000 DM vom dritten Kind an.

5. Starthilfen für Heiratswillige

In Baden-Württemberg, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und im Saarland gibt es Familiengründungsdarlehen. Logisch. Hier führt die CDU/CSU die Regierung.

Wir fordern die SPD-geführten Bundesländer auf, ebenfalls solche Starthilfen für Heiratswillige anzubieten.

CDU für die Familie

CDU
/// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Grünes Licht für rote Lehrer

Kloses Ankündigung ist keine einsame Entscheidung, sondern entspricht einer Kursänderung in der SPD-Führung unter dem Druck ihres linksradikalen Flügels. Hessische Eltern können also darauf gefaßt sein, daß ohne eine Ablösung der SPD in der Regierungsverantwortung auch in Hessen eines Tages sogar DKP-Funktionäre als Lehrer tätig werden dürfen. Klose setzte sich in dem Gespräch dafür ein, bei Kommunisten „einen Unterschied zwischen dienstlichen und außerdienstlichem Verhalten“ zu machen. Diese Aussage zeugt für eine erschreckende Unkenntnis kommunistischer Taktik und Praxis. Selbst scheinbar harmlose Erklärungen oder demokratisch tönende Programme können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kommunisten unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung be-

seitigen wollen. Die Entwicklung in der heutigen DDR seit 1945 bietet hierfür genügend Lehrstoff.

Abendpost-Nachtausgabe, 3. 10. 1978

■
Radikale jeder Art — und das sind Kommunisten aller Schattierungen ebenso wie die Sympathisanten rechtsextremer Diktaturen — haben im öffentlichen Dienst weder etwas zu suchen, noch einen Anspruch auf lebenslange Beschäftigung einschließlich einer guten Pension. In dieser Frage hat stets eine breite Übereinstimmung der Demokraten bestanden. Sie sollte auch in Zukunft selbstverständlich sein. In gewachsenen Demokratien werden solche Fragen in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Personalbehörden und den Sicherheitsorganen behandelt. Die in jüngster Zeit erkennbare Praxis, linksradikale Kandidaten über die Arbeitsgerichte in die Lehrämter zu bringen, ist ebenso unerträglich wie der hier und dort erkennbare Versuch, sich von den Grundprinzipien des „Radikalerlasses“ zu distanzieren.

Neue Rhein-Zeitung, 3. 10. 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD